

IM INTERVIEW: ALEXANDR SCHOCHIN

## „Die EU hat einen Brand entfacht“

Die Renationalisierung von Bashneft ist kein gutes Signal, räumt der Moskauer Unternehmenspräsident ein

Börsen-Zeitung, 7.10.2014

Herr Schochin, derzeit passiert viel auf einmal: Die russische Wirtschaft stagniert, der Ölpreis ist dramatisch gesunken, dazu kommen westliche Sanktionen, und alle sind geschockt vom plötzlichen Hausarrest gegen den Milliardär Wladimir Jewtuschenkow. Kein Umfeld in dem man Unternehmer sein möchte, oder?

Unternehmertum beinhaltet bestimmte Risiken. Jeder Investor muss Risiken und Rentabilität immer aufeinander abstimmen. Natürlich ist die jetzige Situation nicht besonders günstig. Selbst ohne Sanktionen würde die Nachfrage nach russischen Exportwaren nicht so wie vor der Krise sein, weil sich die Weltwirtschaft eben nur langsam erholt.

Aber dass in Russland selbst ein höherer Ölpreis kein Wachstum mehr in Gang zu bringen vermag, wissen wir schon seit mindestens zwei Jahren.

Ja. Viele Budgetausgaben, darunter die für Soziales, gehen zudem von einem höheren Ölpreis aus. Und Wladimir Putins 2012 unterzeichneten Erlassen über höhere Ausgaben liegt sogar ein Wirtschaftswachstum von 4% zugrunde.

Nun sind wir in einer neuen Realität: Auffällig, dass sich Worte und Taten der Staatsführung immer weniger decken. Da bemüht Putin ständig das Investitionsklima, und gleichzeitig wird Jewtuschenkow unter Hausarrest gestellt, weil man ihm den Ölkonzern Bashneft wegnehmen will. Wie soll das denn zusammenpassen?

Eine Renationalisierung von Bashneft wäre selbst dann kein gutes Signal, wenn der jetzige Besitzer dafür entschädigt würde. Bei jeder Privatisierung kann man Verstöße finden. Aber in der Zeit von Putins Wahlkampf vor zwei Jahren schien uns, dass man einen Konsens darüber gefunden hat, die Privatisierungen nicht mehr anzuhängen, weil es die Effizienz und das Vertrauen in der Geschäftswelt zerstören würde. Dazu kommt der vor zehn Jahren abgeschlossene Gesellschaftsvertrag, dass sich die Unternehmer nicht in die Politik einmischen und die Politik dafür keine Privatisierungen neu aufröht. Nun stehen diese Abkommen in Frage. Noch ist das Vertrauen nicht zerstört. Es liegt jetzt an der Politik, dass es so bleibt.

Den größten Schaden fügt sich Russland also womöglich wieder einmal selber zu?

Die Wirtschaftsvertreter können nur über transparente Mechanismen eine öffentliche Meinung bilden und vor den Machthabern in der Exekutive und Legislative für bestimmte Entscheidungen votieren. In der ersten Causa Yukos 2004 war das Signal, sich einerseits nicht in die Politik einzumischen und andererseits ehrlich Steuern zu zahlen. In der Causa Jewtuschenkow ist das Signal nun weniger verständlich. In der Frage, ob man in Russland investieren soll, wird dieser Fall nicht allein entscheidend sein. Aber in der Gesamtheit der Momente wie Sanktionen, Unbestimmtheit der Makroökonomie und der geplanten schärferen Gesetze zur Bekämpfung von Steuerflucht kann die Causa Jewtuschenkow ausschlaggebend sein. Die Leute befinden sich in einer Warteposition.

Fehlt dem Staatsapparat schlicht das wirtschaftliche Know-how, wie es Herman Gref, Chef der Sberbank, der größten russischen Bank, dieser Tage ziemlich freimütig formuliert hat?

Das Problem liegt im mangelhaften Zusammenwirken des Staatsapparates. Und dass die Tätigkeit dieses Apparates nicht kontrolliert wird. Putin sagte vorige Woche, dass er der Regierung in den Hintern treten werde, damit sie gewisse Entscheidungen trifft. Es fehlen die Gegengewichte, viele Beamte spüren keinen Gegenwind. Vielleicht hat Gref recht. Aber es ist ein systemisches Problem, und hier braucht es eine Erneuerung des politischen Systems und der Zivilgesellschaft. Ich kämpfe seit Jahren dafür, dass wir nicht nur an den Diskussionen teilnehmen können, sondern von uns auch eine Expertise verlangt wird, bevor Gesetzesvorlagen ins Parlament gehen. Die Business-Community muss den Raum für die Teilnahme an Beschlussfassungen ausweiten.

Soll heißen, die von Putin aus der Politik gedrängten Unternehmer müssen zurück in die Politik? Nein, denn das wäre gefährlich.

Hinter der Causa Jewtuschenkow steht ja angeblich der größte und staatliche Ölkonzern Rosneft, der

Parlament, im Bundestag und in Russland.

Wollen Sie sagen, dass die Sanktionen von Anfang an unnötig waren? Führt meinotwegen Sanktionen gegen konkrete Politiker ein! Und

## ZUR PERSON

## Sprachrohr zur Politik

est – Alexandr Schochin (62) hat 2005 zur Zeit der Enteignung des Ölkonzerns Yukos den Vorsitz im Verband der russischen Industriellen und Unternehmer übernommen. Er gilt damit als oberster Repräsentant und Sprachrohr der russischen Geschäftswelt gegenüber der Politik. Auch sitzt Schochin in mehreren Aufsichtsräten russischer Großkonzerne, darunter beim zweitgrößten Ölkonzern Lukoil oder den Russischen Eisenbahnen. Zuvor war der studierte Ökonom zwischen 2002 und 2005 Aufsichtsratschef der Investmentbank „Renaissance Capital“ und Vorsitzender des Expertenrates im Föderationsausschuss für den Wertpapiermarkt. In den 1990er Jahren fungierte Schochin unter anderem als Vizepremier, Arbeits- und Wirt-



Foto: Ignat Solowei RSP

Alexandr Schochin

schaftsminister sowie Präsident der renommierten Moskauer Wirtschaftsuniversität „Higher School of Economics“.

(Börsen-Zeitung, 7.10.2014)

selbst unter Sanktionen steht und sich Bashneft einverleiben will. Ein weiterer Beleg dafür, dass jene, die unter Sanktionen leiden, sich durch Attacken auf andere private Unternehmen schadlos halten?

Die unter Sanktionen stehen, warten auf Unterstützung durch den Staat. Rosneft leidet unter den Sanktionen in der Form, dass es die Bohrungen in der Arktis einstellen muss. Dieses Problem können sie mit der Übernahme eines Konkurrenzkonzerne ohnehin nicht lösen.

Aber es hindert sie nicht, es zu wollen?

Wollen können sie alles Mögliche. Das ist für die Machthaber noch kein Grund für eine Entscheidung. Das Hauptproblem bleibt die Erschließung neuer Lagerstätten in der Arktis, um das Förderniveau zu halten. Es geht darum, nicht zuzulassen, dass Amerika oder andere Anbieter die russische Nische auf dem europäischen Gas- und Ölmarkt einnehmen. Das Problem ist also nicht, wie man innerhalb Russlands umverteilt, sondern wie man auf dem europäischen Markt bleibt. Wenn also Bashneft auf keiner Sanktionsliste steht, muss man danach trachten, dass Bashneft nicht unnötig Schwierigkeiten gemacht werden, sondern im Ausland an den Markt kommt.

Haben Sie zuletzt viele Anrufe von frustrierten Unternehmern bekommen?

Man muss ein wenig Geduld mitbringen. Natürlich beunruhigt uns die Situation wegen des Geschäftsmilieus und der Beziehung zwischen den Machthabern und Unternehmern. Wir wollen nicht, dass der ungeschriebene Gesellschaftsvertrag zerstört wird. Putin hat vergangene Woche gesagt, dass es keine Massenentzignungen geben wird, nur einzelne Fälle, wenn Gesetze verletzt worden sind.

Viele Einzelfälle würden auch eine Masse ergeben.

Nun, das Signal von Putin ist einerseits positiv. Aber es braucht zusätzliche Signale. Und zwar keine verbalen.

Es kracht derzeit ja an allen Ecken und Enden. Mit einem Ad-hoc-Gesetz wurde verfügt, dass ausländische Unternehmen künftig nur noch 20% an russischen Medien halten dürfen. Ein alarmierendes Signal?

Es gibt ein russisches Sprichwort: Wecke das Böse nicht, solange es sich ruhig verhält. Wer aber hat das Böse geweckt? Europa und die USA. Einen Tag nach der Minsker Vereinbarung wurden neue Sanktionen eingeführt. Auf die Sanktionen kommt dann eben die Reaktion Russlands. Denn in Russland ist die politische Macht heterogen; unter ihr finden sich auch Falken. Und Ihr füttert sie. Es ist ein Kampf der Falken im EU-

wenn der Verdacht besteht, dass Russland Konfliktparteien aufrüstet, dann führt ein Embargo auf Lieferungen ein! Aber was hat denn bitte das Finanz- und Bankensystem damit zu tun? Auf unsere fünf Staatsbanken – einige wurden auf die Sanktionsliste gesetzt – kommt mehr als die Hälfte der Bilanzsumme unseres Bankensystems. Wir sehen uns also systematische Sanktionen gegen die russische Wirtschaft gegenüber. Wenn Barack Obama sagt, die Sanktionen müssen in erster Linie der russischen Wirtschaft schaden, dann ruft das Hass bei den Russen hervor. Wir lieben Obama nicht; und wir lieben auch Angela Merkel nicht mehr.

Sie meinen, die russischen Bürger?

Ja. Ich habe mich mit Merkel oft bei den Treffen mit Putin getroffen. Sie war eine Freundin. Und jetzt sind die westlichen Staatschefs den Russen verdächtig. Viele Russen fragen, weshalb Merkel die Vorhut von Obama bildet. Von den Sanktionen profitieren ja am meisten die USA. Mit Russland handeln sie wenig, sie verlieren also fast nichts und können dann auch noch auf den europäischen Markt gehen. Europa aber verliert durch die Sanktionen. Und dass Merkel sich darauf einlässt, wird von russischen Normalbürgern so gedeutet, dass die Amerikaner mit ihrer Spionage eben viel Material gegen Merkel gesammelt haben und sie und andere europäische Staatschefs erpressen können.

Es gibt die Einschätzung, dass mit den Sanktionen gegen Russlands Wirtschaft das Bewusstsein der Masse, nämlich die umfangreiche Unterstützung von Putins Kurs in der Ukraine, verändert werden kann.

Das Bewusstsein wird verändert, aber so, dass der Antiamerikanismus zunimmt. Schlagartig ging der Tourismus nach Europa zurück. Die einfachen Bürger befürchten, dass sie dorthin fahren und zwischen neue Sanktionen kommen.

Welche Möglichkeiten bestehen, die Finanzierungen seitens des Westens zu ersetzen?

Etwa über das Budget, über den nationalen Wohlfahrtsfonds, den Reserfonds oder den Fonds für Direktinvestitionen. Das Problem: Das Budget wird knapper. Das Wirtschaftswachstum liegt nahe bei null. Der Ölpreis fällt. Die Sozialausgaben sind riesig. Die Mittel reichen aus, wenn die Sanktionen Mitte 2015 aufgehoben werden. Sollten die Sanktionen bis 2016 fortbestehen, wird es Probleme mit dem Budget für 2016 geben. Die Reserven werden aufgebraucht sein. Um auf Finanzierungen aus China umzustellen, braucht es mehrere Jahre. Die chinesischen und asiatischen Banken denken lange nach. Mit europäischen und amerikanischen Banken hatten wir die Beziehungen ja über Jahrzehnte aufgebaut. Sie kennen ihre Schuldner.

Werden bereits viele Projekte eingefroren?

Viele Unternehmen kürzen die Ausgaben für Investitionen. 0,5% an Wirtschaftswachstum für 2015 kann man wegen der Sanktionen abschreiben. Und das ist die Hälfte des prognostizierten Wachstums.

Wenn die Sanktionen aufgehoben werden: Wie wird man dann das Vertrauen in den Westen wiederherstellen können?

Schnell werden die Sanktionen nicht aufgehoben werden, denn Russland gibt die Krim in den nächsten 100 Jahren nicht her. Die NATO-Länder werden daher ein gewisses Sanktionenpaket bestehen lassen, um das Gesicht zu wahren. In der Ostukraine wird sich die Situation wohl wie in Abchasien beruhigen. Das wichtigste ist, die Kriegshandlungen einzustellen. Die Lösung wird man wohl auf die nächste Politikergeneration übertragen müssen.

Denken Sie, dass manches zwischen Russland und Europa in absehbarer Zukunft irreparabel bleibt?

Die unerklärten Sanktionen werden fortauern. Ebenso wie der aktive Wunsch der EU und der USA, die Energieabhängigkeit stark zu verringern. Der Wunsch war immer da gewesen und wird jetzt eben mit doppelter Energie umgesetzt. Eine neue Gaspipeline aus Turkmenistan oder Iran wird kommen – was immer es kostet. Flüssiggas-Terminals werden gebaut, und die USA wird mehr Gas nach Europa liefern. Ein verborgener Druck auf Russland wird stattfinden, auch wenn öffentliche Sanktionen fehlen.

Gazprom wird also Marktanteile in Europa einbüßen?

Ja. Die Ukraine ist wie ein verätschtes Kind, bei dem man in allem zu nachsichtig war. Die EU machte Druck auf Kiew, um einen Gaspreis von 385 Dollar je 1000 Kubikmeter zu akzeptieren, aber Kiew sagte nein. Die EU hat zu wenige Mittel, um Druck auf Kiew auszuüben.

Wie könnte eine Deeskalation gelingen?

Zum einen muss man aufs Business hören. Man muss schauen, wie man mit den Sanktionen am wenigsten Schaden anrichtet. Wenn man die halb geöffnete Tür nicht zuschlagen will, dann darf man nicht solche Sanktionen einführen, die diese Tür ganz schließen. Zum anderen muss der Gastransit durch die Ukraine geregelt sein, und Europa darf Russland nicht mit einem Reverse Flow russischen Gases aus Europa in die Ukraine betrügen.

Wann wurden die ersten Fehler zwischen Russland und der EU gemacht?

Ich sehe das Hauptproblem des Ukraine-Konflikts darin, dass wir den Abschluss eines Basisabkommens zwischen Russland und Europa verzögert haben. Ich hatte 2007 das Partnerschaftsabkommen Russlands mit der EU vorbereitet. Seither wird das Abkommen jährlich prolongiert. Aber seit 2007 wird nebenbei über ein neues Abkommen mit dem Namen „Freihandelszone plus“ verhandelt. Wir kamen gut voran und waren nahe daran, auf Visafreiheit und Freihandel überzugehen. Aber plötzlich kam die EU mit der Idee der Ostpartnerschaft für sechs Staaten daher, und die NATO wollte den Beitritt der Ukraine. Russland ist dann bei diesem Tempo zurückgeblieben, denn wir haben eine schwierige Struktur mit Kasachstan und Weißrussland und brauchen Zeit, um auf den Freihandel überzugehen. Statt die Partnerschaft abzuschließen, hat die scheidende EU-Führung einen Brand entfacht. Hätte die EU statt der Ostpartnerschaft der Ukraine und Russland eine einheitliche Geschwindigkeit beim Abschluss einer Vereinbarung über eine Freihandelszone vorgeschlagen, Russland wäre dazu bereit gewesen. Man hätte nicht Russland der Ukraine entgegenstellen sollen.

Woran ist also alles gescheitert? Die EU-Bürokratie ist nun mal eine Bürokratie. Mit allen Vor- und Nachteilen, die sie mit sich bringt. Das Eigeninteresse der Bürokratie besteht darin, die Kompetenz auszuweiten. Neue Mitglieder, mehr Vollmachten. Das Interview führte Eduard Steiner.

## Griechenland muss sich gedulden

Regierung hofft auf glatten Ausstieg aus Programm

Börsen-Zeitung, 7.10.2014  
fed Brüssel – Griechenland wird voraussichtlich erst kurz vor Ablauf des aktuellen Hilfsprogramms seiner EU-Partner Gewissheit haben, wie es nächstes Jahr finanziell weitergeht. EU-Diplomaten machen deutlich, dass es noch keine Bereitschaft zu Verhandlungen über die Zukunft mit Griechenland gebe, solange wesentliche Eckzahlen geprüft werden müssten. Das gelte zum einen für die Umsetzung des Haushalts 2014 und die Budgetentwürfe 2015, die gerade erst unter die Lupe genommen werden. Das gelte zum anderen mit Blick auf den Bankenstresstest. Denn erst nach Abschluss der Prüfungen seitens der Europäischen Zentralbank lasse sich die Liquiditätslage Griechenlands zu Jahresende realistisch prognostizieren. Noch sind einige Mrd. Euro ungenutzt, die für die Kapitalisierung Griechenlands vorgesehen sind. Diese Summen

könnten allerdings, wenn sie nicht für die Stärkung der Kapitalbasis der Kreditinstitute gebraucht würden, für Haushaltszwecke umgewidmet werden. Andererseits ist aber auch vorstellbar, dass im Zuge der Bankprüfungen ein zusätzlicher Finanzbedarf der Banken festgestellt wird, der dann wahrscheinlich weitere Hilfskredite nötig machen würde.

Nach Darstellung von EU-Diplomaten ist Griechenland zuversichtlich, ohne weitere Unterstützung der Euro-Partner auszukommen. „Was wir hören, ist, dass die griechische Regierung einen glatten Ausstieg aus dem Hilfsprogramm anstrebt“, verlautet in Brüssel. Die letzten Kredite des laufenden Euro-Programms sollen in den nächsten Wochen fließen – derzeit überprüft eine Mission in Athen, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Vom Internationalen Währungsfonds erhält Hellas noch Darlehen bis Anfang 2016.

## Hill muss heute zur Nachprüfung

Hartes Verhör absehbar – Ungar wird abgelehnt

Börsen-Zeitung, 7.10.2014  
fed Brüssel – Der Briten Jonathan Hill muss sich heute Mittag erneut den Fragen des Wirtschafts- und Währungsausschusses des EU-Parlaments stellen. Er muss mit unangenehmen Fragen als bei seiner ersten Anhörung rechnen. Denn die Europaabgeordneten haben beklagt, dass Hill vor allem mit Blick auf die von ihm angestrebte Kapitalmarktunion zu vage geblieben sei – und werden deshalb darauf insistieren, dass er seine Pläne konkretisiert. Hill hat dies bereits ansatzweise in seinen schriftlichen Antworten auf Zusatzfragen angefangen. Dort stellt er auf Standardisierung, die Verbesserung des Marktzugangs von Mittelständlern und eine wirkungsvolle Aufsicht und Transparenz ab. Zu-

gleich bekräftigt er sein Interesse an einer Belegung des Vertriebsmarkts – allerdings nur für simple und verständliche Produkte. Er wolle auf keinen Fall die Regulierung der Vorjahre zurückdrehen, die sich gezielt gegen undurchsichtige Verbriefungen gerichtet habe.

Die Europaabgeordneten haben unterdessen deutlich gemacht, dass sie nicht davor zurückschrecken, einzelne Kandidaten abzuweisen, die EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker für ein Ressort vorgeschlagen hat. So hat der Ungar Tibor Navracsics nicht die nötigen Stimmen gefunden, um sich künftig als EU-Kommissar um Bildungs- und Kulturpolitik zu kümmern. Die EU-Parlamentarier fordern, dass er eine andere Aufgabe zugewiesen bekommt.

## Geplante ABS-Käufe entzweien den EZB-Rat

Kritik von Bundesbank und französischer Notenbank

Börsen-Zeitung, 7.10.2014  
ms Frankfurt – Das Programm der Europäischen Zentralbank (EZB) zum Kauf umstrittener Kreditpakete sorgt für heftige Kontroversen im Führungsgremium der Notenbank, dem EZB-Rat. Bundesbankchef Jens Weidmann lehnt die Käufe generell ab und hat seine Sorgen über die Risiken für die EZB-Bilanz nun noch einmal öffentlich gemacht. Kritik kommt dem Vernehmen nach aber auch von Frankreichs Notenbankchef Christian Noyer: Er ist zwar nicht gegen die Käufe als solche, aber gegen den Plan, diese zunächst durch Dritte durchführen zu lassen.

## Risiken für den Steuerzahler

Der EZB-Rat hatte Anfang September mehrheitlich beschlossen, im Kampf gegen Mini-Inflation und Wirtschaftsflaute auch sogenannte Asset Backed Securities (ABS) zu kaufen. Der Erwerb solcher Kreditverbriefungen soll bei den Banken Eigenkapital freisetzen, das diese dann – so die Hoffnung der EZB – wieder für neue Kredite an die Realwirtschaft nutzen. Vergangene Woche hatte EZB-Präsident Mario Draghi weitere Details vorgelegt. Für Griechenland und Zypern gibt es besondere Zugeständnisse. Vor allem in Deutschland befürchten viele, die EZB werde zur Bad Bank.

Mit Weidmann und Noyer lehnen nun offenbar die Chefs der beiden führenden Zentralbanken im Eurosystem die Pläne ab. Ihre Motivation ist dabei zwar sehr unterschiedlich. Trotzdem wirft dies kein gutes Licht auf das Vorhaben. Es verstärkt zudem Zweifel an den Märkten, was die Erfolgsaussichten betrifft.

Bundesbankchef Weidmann ging in einem Interview auf Distanz zu Draghi und der Mehrheit im EZB-Rat. Er sehe die Gefahr, dass „Kreditverbriefungen schwächerer Qualität“ zum Kauf anstünden und die

EZB zudem überbeuerte Preise bezahlen könnte, sagte Weidmann dem Nachrichtenmagazin „Focus“. „Dann würden Kreditrisiken, die von privaten Banken eingegangen wurden, ohne einen angemessenen Ausgleich auf die Notenbank und damit den Steuerzahler verlagert.“ Weidmann gilt seit der Debatte um das OMT-Programm 2012 als größter Widersacher Draghis im EZB-Rat. In den Sommermonaten schien es aber eine gewisse Annäherung zu geben. Das historische Lockerungspaket der EZB im Juni trug Weidmann trotz Bedenken mit und verteidigte es öffentlich mehrfach. Nun gibt es wieder einen öffentlichen Disput.

Kritik muss Draghi aber auch von unerwarteter Seite einstecken. Frankreichs Notenbankchef Noyer gilt grundsätzlich als Befürworter einer lockeren Politik der EZB. Er stört sich aber offenbar daran, dass die EZB die ABS-Käufe delegieren will – an Banken oder andere Dienstleister. Sie begründet das mit der mangelnden Expertise innerhalb des Eurosystems. „Noyer will das nicht dem Privatsektor überlassen“, zitierte die Nachrichtenagentur Reuters Insider. Einige Beobachter vermuten dahinter auch den Kampf um Macht zwischen der EZB-Zentrale und den nationalen Zentralbanken. Dass sich die EZB externer Expertise bedienen muss, schürt zudem teils Sorgen vor Risiken für die Notenbankbilanz.

## Bundesregierung beobachtet

Die Bundesregierung erklärte derweil gestern, sie werde das Kaufprogramm „sicher beobachten“. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte unlängst erklärt, er sei „nicht besonders glücklich“ über die EZB-Pläne. In Deutschland sehen einige Politiker und Volkswirte eine Überschreitung des EZB-Mandats. Einige von ihnen fordern, die Regierung müsse gegen das Vorhaben klagen.